NACHRICHTEN

Berlusconi und Lega Nord rücken zusammen

ROM: Die Mitte-Rechts-Allianz des italienischen Oppositionschefs Silvio Berlusconi und die föderalistische Lega Nord, die im März eine erfolgreiche Wahlallianz abgeschlossen haben, wollen einander noch näher rücken. Wie die «Nummer Zwei» der Lega Nord, Roberto Maroni, in einem Interview mit der Mailänder Tageszeitung «Il Giornale» (Montagsausgabe) erklärte, planen die Mitte-Rechts-Allianz und die Lega ein gemeinsames Symbol in Hinblick auf die Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr. «Wir haben eine solide Allianz aufgebaut, die Zeit ist für ein gemeinsames Symbol reif. Daran arbeiten wir», erklärte Maroni, Ex-Innenminister in der Regierung Berlusconi (April – Dezember 1994). Wie das Symbol aussehen werde, sei noch nicht beschlossen worden. Die Lega Nord hatte bereits 1994 eine Allianz mit Berlusconi abgeschlossen, aus der sie jedoch nach wenigen Monaten wegen Meinungsverschiedenheiten mit Berlusconis Bewegung Forza Italia ausgetreten war. Lega-Chef Umberto Bossi erhofft sich bei einer Machtbeteiligung eine Föderalisierung des Landes.

Europarat kritisiert Türkei

STRASSBURG: Der Europarat hat die Türkei erneut kritisiert, weil die Regierung in Ankara seit zwei Jahren einer Grundbesitzerin aus Nordzypern eine Entschädigung von umgerechnet mehr als 800 000 Franken vorenthält. Die Regierung in Ankara sollte «vollständig und ohne weitere Verzögerung» das entsprechende Urteil des Gerichtshofes vom 28. Juli 1998 umsetzen, hiess es in einer Entschliessung des Ministerkomitees der Staatenorganisation vom Montag in Strassburg. Die Türkei sei zur Einhaltung der Urteile des Gerichtshofes bedingungslos verpflichtet, hiess es in dem Text. Der Gerichtshof hatte in seinem damaligen Urteil der Frau aus Kyrenia (Nordzypern) eine Entschädigung in Höhe von 320 000 zyprischen Pfund für den Verlust ihres Besitzes und für entgangene Einnahmen aus Mieteinkünften zugesprochen. Nach der Besetzung des Nordteils Zyperns durch die Türkei 1974 hatte die Frau, die heute in Nicosia lebt, keinen Zugang mehr zu ihrem Grundbesitz in Kyrenia. Auch auf frühere Zahlungsaufforderungen des Ministerkomitees hat die Türkei nicht reagiert und jede Zuständigkeit für diesen Fall zurückgewiesen.

Rekurs gegen Urteil im Brandanschlag-Prozess

JENA: Einer der Urheber des Brandanschlags auf die Erfurter Synagoge hat Rekurs gegen seine Verurteilung eingelegt. Wie das Thüringer Oberlandesgericht (OLG) am Montag in Jena bestätigte, ging der Antrag bereits Ende vergangener Woche ein. Der 17-Jährige war vor fast zwei Wochen vor dem OLG wegen versuchter schwerer Brandstiftung zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Ein 18-jähriger Mittäter muss drei Jahre ins Gefängnis. Das Urteil ist bereits rechtskräftig. Die Verhängung einer Jugendstrafe gegen einen dritten Mitangeklagten wurde zur Bewährung ausgesetzt. Über den Rekurs muss nun der Bundesgerichtshof in Karlsruhe entscheiden.

Streichung von «Weisser Liste» verlangt

BELGRAD: Acht serbische Firmen, denen die Europäische Union den Handel mit den EU-Staaten erlaubt, wollen von der «Weissen Liste» gestrichen werden, meldete am Montag die staatliche jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug. Die EU hatte vor kurzem die Liste mit 190 serbischen Unternehmen veröffentlicht, die von den EU-Sanktionen ausgenommen sind. Darauf hatte die Belgrader Regierung Massnahmen gegen diese Firmen ergriffen und ihnen den Aussenhandel praktisch verboten.

Zustand von Rau nach Operation stabil

BERLIN/ESSEN: Der Zustand des an der Bauch-Schlagader operierten deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau ist stabil. Nach Angaben seines Arztes hat der 69-Jährige die Operation am Sonntag gut überstanden. Rau befinde sich auf dem Weg der Besserung. Der Präsident werde noch überwacht, «weil wir sehr vorsichtig sind», sagte Professor Christoph Broelsch. Rau bleibe vorerst noch auf der Intensivstation.

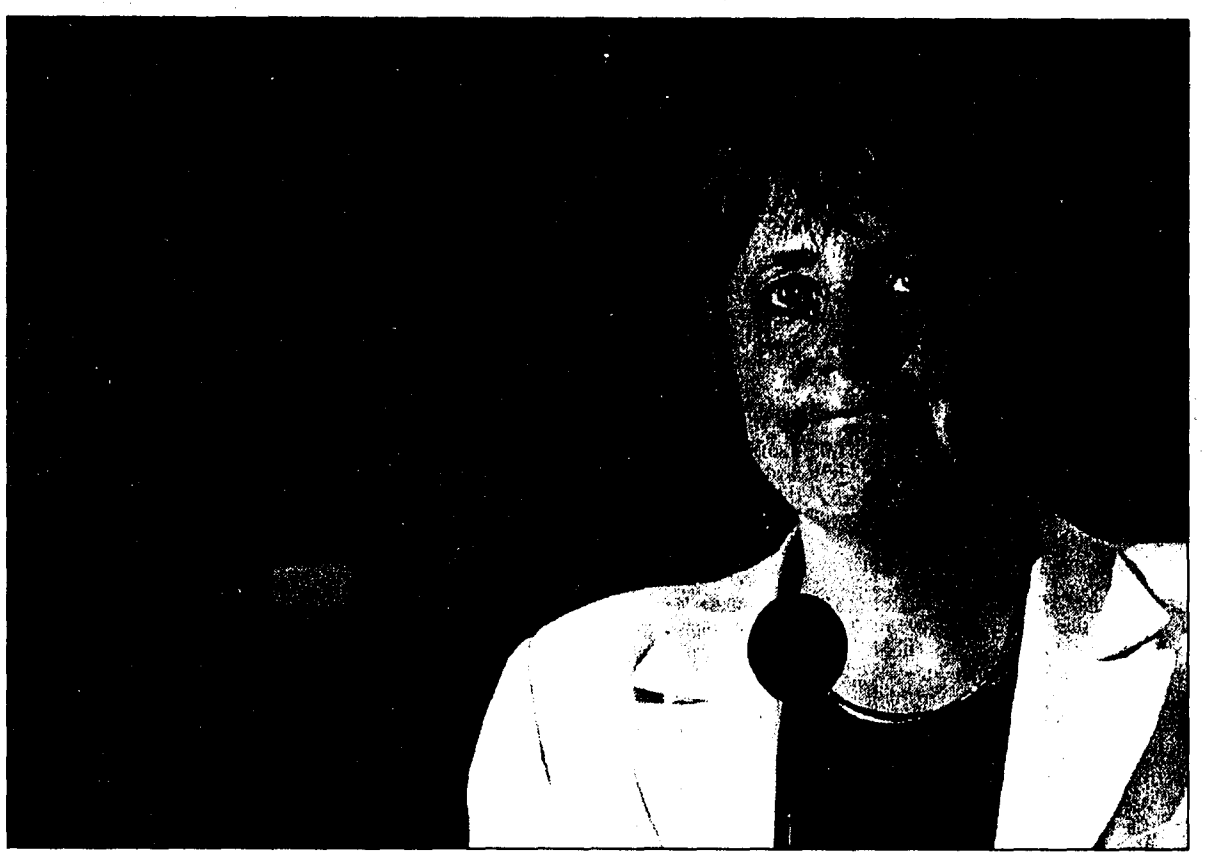
CDU will über inhaltliche Arbeit aus der Krise kommen

Merkel schliesst Kompromiss bei Rente nicht aus

BERLIN: **Nach dem Debakel bei der Steuerreform wollen die deutschen Christdemokraten verstärkt auf Inhalte setzen und geschlossener auftreten. Ihre Partei müsse «selber inhaltliche Konzepte vorlegen», sagte CDU-Chefin Angela Merkel am Montag.**

Bei einer vierstündigen Krisensitzung des Präsidiums in Berlin sei das Auseinanderbrechen der Unionsfront im Bundesrat mit «offenen Worten» analysiert worden, erklärte Merkel. Damit sei «die Bewältigung dieses Ereignisses vom 14. Juli beendet.»

Das gesamte Präsidium habe sich darauf verständigt, nun «kämpferisch in die Zukunft zu schauen». Dazu zähle auch, die aktuellen Kräfteverhältnisse realistisch einzuschätzen. Dies sei im Vorfeld des 14. Julis nicht geschehen.



Mit gezielter Arbeit soll die inhaltliche Krise der CDU schnellstmöglich überwunden werden. Dies betonte Parteichefin Angela Merkel. *(Bild: Keystone)*

Kompromissbereitschaft bei Rente

«Wir haben keine gestalterische Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat», konstatierte Merkel, die zugleich bei der Rente Kompromissbereitschaft signalisierte. Laut Merkel will die CDU künftig im Vorfeld wichtiger Entscheidungen genauere Absprachen treffen.

Mit Blick auf die «Umfaller» im Bundesrat mahnte sie zugleich an, dass gegebenenfalls Bedenken, bestimmte Absprachen nicht einhalten zu können, frühzeitig deutlicher gemacht werden müssten. Abtrünnige CDU-Landesvertreter hatten der rot-grünen Steuerreform am 14. Juli in der Länderkammer überraschend zur Mehrheit verholfen.

Einige von ihnen gaben nach dem Desaster an, der Parteiführung frühzeitig signalisiert zu haben, dass sie eventuell gegen den Präsidiumsbeschluss der Partei votieren würden. Diese Signale wollen Merkel und Fraktionschef Friedrich Merz aber nicht erhalten haben.

Aus Konsequenz aus der Abstimmungsniederlage im Bund wollen Merkel und Merz sich künftig unabhängig von Präsidiumsbeschlüssen eine gewisse Flexibilität behalten. Nur so könne auf etwaige Entscheidungen oder Signale der Regierung kurzfristig reagiert werden, betonte die Parteichefin. Dies gelte auch für die Rente. Ihre Partei wolle sich auf jeden Fall weiter an der Diskussion darüber beteiligen. «Wir sind zu einem Konsens bereit.» Es gebe in einigen Fragen aber «noch erhebliche Meinungsunterschiede». Diese habe die Union benannt und warte nun auf Antwort.

Stoiber will Verlässlichkeit

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber mahnte am Rande von Sitzungen der Führungsgremien seiner Partei in Nürnberg mehr Verlässlichkeit an. Stoiber warnte die CDU davor, sich eine Strategie-Debatte aufdrängen zu lassen. Dafür hätten die Menschen kein Verständnis. Diese seien an den inhaltlichen Aussagen interessiert.

Als negativ bezeichnete der CSU-Vorsitzende auch das Hin und Her um eine Beteiligung von Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl an der Feier zum zehnten Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung. Die Debatten über eine Einbeziehung Kohls in die zentrale Feier am 3. Oktober in Dresden seien «nicht nachvollziehbar».

Rebellen greifen mitten in Grosny an

Mehrere Tote nach Angriffen von tschetschenischen Rebellen auf russische Truppen

MOSKAU: **Tschetschenische Rebellen haben am Montag mitten in der Hauptstadt Grosny zweimal russische Truppen angegriffen und dabei mindestens drei Elite-Polizisten getötet. Zahlreiche Russen wurden verletzt, meldeten russische Agenturen.**

Unterdessen äusserte ein russischer General Bereitschaft zu Kontakten mit dem gewählten, aber von Moskau als Verbrecher gesuchten tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow.

Beim ersten Überfall im Stadtteil Staropromyslowski am Montagmorgen sprengten die Rebellen einen Lastwagen in einem Konvoi der Polizei-Spezialeinheit SOBR in die Luft. Dann beschossen sie die Russen aus den umliegenden Häusern mit Maschinengewehren und -Pistolen. Drei Polizisten wurden getötet und 17 verletzt, erklärten die russischen Behörden.

Die Lage in dem Ende Januar von russischen Truppen eroberten Grosny hatte sich in den vergangenen Tagen verschärft. Bei Rebellen-Angriffen im Zentrum und in Aussenbezirken hatte es seit Freitag auf russischer Seite Verluste gegeben.

Immer mehr Rebellen kehren nach Angaben der russischen Militäraufklärung aus den Bergen wieder in das Flachland Tschetscheniens zurück, wo die grösseren Städte liegen. Der zweite Rebellenüberfall, bei dem es ebenfalls Verletzte gab, ereignete sich am strategisch wichtigen Minutka- Platz im Zentrum von Grosny. Auch dabei stoppten die Rebellen einen Lastwagen.

Tote bei Kollision

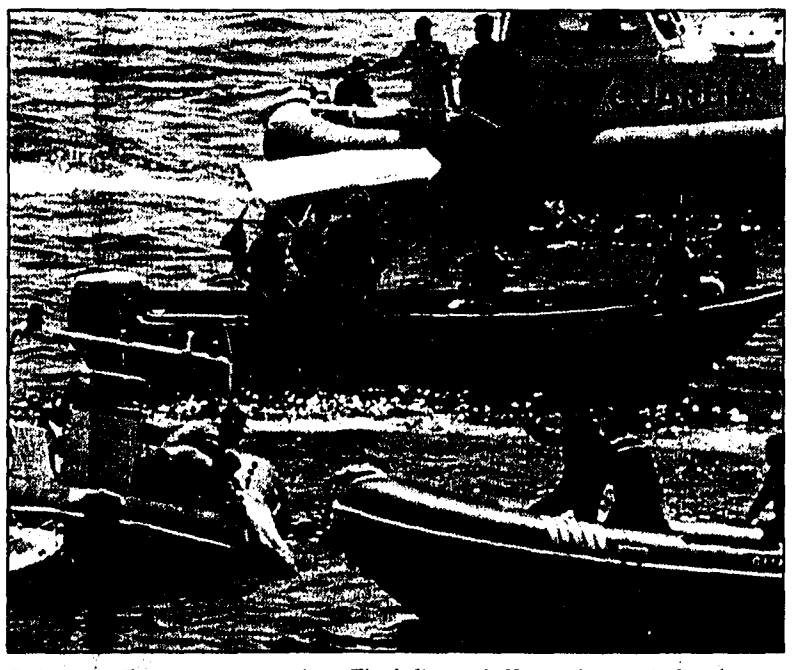
Zusammenstoss von Flüchtlingsschiff mit Polizeiboot in Adria

OTRANTO: **Beim Zusammenstoss eines Flüchtlingsschiffes mit einem Polizeiboot vor der italienischen Adriaküste sind am Montag vier Menschen getötet worden.**

Bei der Kollision gingen mehrere Menschen über Bord. Ein 22 Jahre alter italienischer Polizist konnte nur noch tot geborgen werden, ein 26 Jahre alter Kollege ging unter.

Auch ein kurdischer Immigrant kam bei dem Zusammenstoss ums Leben; der Mann habe nicht schwimmen können. Beim anderen Toten handelt es sich den Angaben zufolge vermutlich um einen der zwei Flüchtlingsbootsführer.

Zur Kollision sei es gekommen, nachdem etwa 40 Immigranten in der Nähe von Otranto in Apulien abgesetzt worden waren. Erst am Sonntag waren 200 Flüchtlinge an den Stränden der südostitalienischen Adriaregion Apulien aufgegriffen worden. In der vergangenen Woche erreichten mehr als 500 Bootsflüchtlinge Italien. Der italienische Innenminister Enzo Bianco



Bei einem Zusammenstoss eines Flüchtlingsschiffes und eines Polizeibootes in Italien gab es vier Tote. *(Bild: Keystone)*

forderte die politische Führung in Albanien auf, schärfer gegen Schlepper vorzugehen. Ihre Boote müssten beschlagnahmt werden. Ein entsprechendes Gesetz sollte wie angekündigt bis Ende des Monats in Albanien verabschiedet werden.

ÖSTERREICH

Schlechtes EU-Image

BRÜSSEL: In Österreich [illegible] Bevölkerung ist die positive Haltung zur Europäischen Union (EU) laut einer Umfrage deutlich gesunken. Die Ergebnisse des neuesten «Eurobarometers» der EU zeigen steigende EU-Skepsis seit Beginn der EU-Sanktionen gegen das Land. Die Umfrage wurde in den 15 EU-Staaten im April und Mai durchgeführt. In Österreich zeigten dabei auf die Frage, ob die EU-Mitgliedschaft eine gute Sache sei, 33 Prozent der Befragten. Ein halbes Jahr zuvor waren es noch 42 Prozent. [illegible] aus einer Mitteilung der EU-Kommission vom Montag. [illegible] Vorsitz Österreich [illegible] FPÖ-Politik [illegible] Fabrik von [illegible] [illegible] Sanktionen [illegible] Bürgerinnen [illegible]